© ISNA Agency / HI

Pressemitteilung

Jemen: Todesurteil für die Zivilbevölkerung

Genf, 12. Juni 2020. **Handicap International (HI) präsentiert am Freitag dem 12. Juni 2020 gemeinsam mit Irland, der ständigen Vertretung Ecuadors bei den Vereinten Nationen, dem Internationalen Netzwerk für Sprengstoffwaffen (INEW), dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und dem Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) seinen Bericht "Todesurteile gegen Zivilisten: Die langfristigen Auswirkungen von Sprengstoffwaffen in bewohnten Gebieten im Jemen".**

Der Bericht von HI zeigt anhand von sechs Fallstudien auf, wie der Einsatz von Sprengstoffwaffen im Jemen für Jahrzehnte das Leben der Bevölkerung ruiniert. Die Studien zeigen das Ausmass und die Auswirkungen der Zerstörung:

- Schwere Ernährungsunsicherheit, von der mehr als 50% der Bevölkerung betroffen sind, darunter 2,1 Millionen Kinder unter fünf Jahren
- Mehr als 24% des Strassennetzes wurden teilweise oder vollständig zerstört, mit starken Auswirkungen auf den Personentransport, die humanitäre Hilfe und den Zugang zu Gesundheitsdiensten
- 50% der medizinischen Einrichtungen sind nicht mehr funktionsfähig und 19,7 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu Gesundheitsdiensten mehr
- 17,8 Millionen Menschen - zwei Drittel der jemenitischen Bevölkerung - haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser
- 86% der Menschen mit Behinderungen haben erhebliche Probleme beim Zugang zu Dienstleistungen und Pflege, mit direkten Auswirkungen auf ihre Familien und ihre Zukunft
- Ein tödliches Vermächtnis mit Rückständen von explosiven Waffen, das die Lebensbedingungen der Bevölkerung auf Jahrzehnte hinaus beeinträchtigen wird

Die offizielle Lancierung des Berichts, gefolgt von einer Diskussion, findet im Rahmen der virtuellen Konferenz der UNO statt:

"Humanitarian consequences arising from the use of explosive weapons in populated areas"
Freitag, 12. Juni 2020, von 17:00 bis 18:30 Uhr CET
Zur Registrierung klicken Sie auf diesen Link

Die Bombenanschläge werfen den Jemen um eine Generation zurück

Laut der Übersicht über die humanitären Bedürfnisse wurden im Jahr 2018 monatlich bis zu 600 zivile Infrastrukturen zerstört oder beschädigt. Die Wirtschaftsblockade und die wirtschaftlichen Turbulenzen haben zu einer Inflation bei Nahrungsmitteln und Treibstoff geführt. Die Schäden an der kritischen Infrastruktur haben die humanitären Bedürfnisse im Land, wo 24,1 Millionen Menschen (drei Viertel der Bevölkerung) auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, noch verschärft.

Massive Bombardierungen von Wohngebieten haben das Land nach Angaben des Entwicklungsprogramms der UNO um 25 Jahre zurückgeworfen (Quelle: Assessing the Impact of War on Development on YEMEN, 2019). Dies repräsentiert eine ganze Generation. Vor dem Wiederaufbau müssen die explosiven Kriegsmunitionsrückstände entfernt werden. Die dafür entstehenden Kosten sind enorm und der Jemen wird sie nicht allein tragen können.

Diplomatischer Prozess um den Bombardierungen in besiedelten Gebieten ein Ende zu setzen

HI, Mitbegründer des International Network on Explosive Weapons (INEW), arbeitet seit fünf Jahren daran, die Staaten dazu bewegen, das durch Sprengwaffen verursachte menschliche Leid zu beenden. Das Jahr 2019 bezeichnet den Übergang von der offiziellen Verurteilung von Bombardierungen der Zivilbevölkerung hin zur Ausarbeitung einer politischen Erklärung zum Schutz der Bevölkerung in Kriegsgebieten.

HI fordert die Schweiz auf, angesichts ihrer humanitären Tradition eine führende Rolle zu spielen, damit der Prozess zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegsgebieten und zur Hilfe für die Opfer zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden kann. Dank der Bemühungen vieler Länder und der Zivilgesellschaft steht diese Erklärung kurz vor dem Abschluss.

> HI-Bericht auf Englisch: "Todesurteil für Zivilisten: Die langfristigen Auswirkungen von Sprengstoffwaffen in bewohnten Gebieten im Jemen"
> Zusammenfassung der Hauptergebnisse der Studie auf Deutsch
> Einladung zur Teilnahme via Zoom an der Konferenz Freitag, 12. Juni 2020 um 17:00 Uhr CET: Anmeldung erwünscht
> Für Interviewanfragen mit Alison Bottomley, Hauptautorin des Berichts und Advocacy Officer für HI in Sanaa, bitte Marie Bro: m.bro@hi.org kontaktieren

Zu Handicap International Handicap International (HI)

Handicap International (HI) ist eine unabhängige gemeinnützige Organisation, die in Situationen von Armut und sozialer Ausgrenzung, von Konflikten und Katastrophen interveniert. Sie unterstützt Menschen mit Behinderung und andere besonders hilfsbedürftige Menschen, damit ihre grundlegenden Bedürfnisse gedeckt werden, sich ihre Lebensbedingungen verbessern und ihre Grundrechte besser respektiert werden.

Seit ihrer Gründung setzt sich HI in ca. 60 Ländern mit Entwicklungsprogrammen ein und interveniert in unzähligen Notsituationen. Am 24. Januar 2018 nennt sich das internationale Netzwerk Handicap International „Humanity & Inclusion“. Das globale Netzwerk besteht aus nationalen Vereinen, in Kontinentaleuropa mit dem Namen „Handicap International“ (Frankreich, Deutschland, Schweiz, Belgien und Luxemburg) und in Kanada, USA und Grossbritannien mit dem Namen „Humanity & Inclusion“.

HI ist eines der sechs Gründungsmitglieder der Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen (ICBL), die 1997 den Friedensnobelpreis erhalten hat, und aktives Mitglied der internationalen Koalition gegen Streubomben (CMC). 2011 wurde die Organisation mit dem Conrad N. Hilton Humanitarian Prize ausgezeichnet. Im Jahr 2019 erhielt HI das Label Ideas, das die Qualität der Organisationsführung, des Finanzmanagements und der Überwachung der Wirksamkeit seiner Massnahmen bestätigt.

In Genf symbolisiert *Broken Chair* den Kampf gegen die Explosivwaffen und die Gewalt, die in bewaffneten Konflikten an den Zivilbevölkerungen verübt wird. Das gegenüber dem Sitz des Genfer Büros der Vereinten Nationen errichtete Denkmal von Daniel Berset auf Anfrage von HI ist eine Herausforderung adressiert an die internationale Gemeinschaft. Es erinnert sie an ihre Verpflichtung, humanitäres Völkerrecht zu respektieren und die Zivilbevölkerung in bevölkerten Gebieten gegen den Einsatz von Explosivwaffen zu schützen.